

# Wochenblatt

für Pulsnik,  
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:  
Mittwoch und Sonnabend.

Als Beiblätter:  
Illustrirtes Sonntagsblatt  
(wöchentlich);  
2. Landwirtschaftliche Beilage  
(monatlich).

Abonnementspreis:  
Vierteljährl. 1 M. 25 Pf.  
Auf Wunsch unentgeltliche Zu-  
sendung.

Amts-



Blatt

des Königl. Amtsgerichts

und des Stadtrathes

Pulsnik.

Inserate  
sind bis Dienstag und Freitag  
vorm. 9 Uhr aufzugeben.  
Preis für die einseitige Cor-  
puszeile (ober deren Raum)  
10 Pfennige.

Geschäftsstellen:  
Buchdruckerei von A. Bahr,  
Königsbrück, E. S. Krausche,  
Ramenz, Carl Dabertow, Groß-  
rührsdorf.  
Annoncen-Bureau von Gaasen-  
stein & Vogler, Invalidendank,  
Rudolph Mosse und G. L.  
Daube & Comp.

Druck und Verlag von E. V. Förster's Erben  
in Pulsnik.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Häberlein  
in Pulsnik.

Sonnabend.

Nr. 100.

15. December 1894.

## Bekanntmachung.

Auf Antrag der Erben der Johanne Leonore verm. Mißbach geb. Schütze in Dhorn, soll das zu deren Nachlaß gehörige Hausgrundstück Nr. 105 des Brandkatasters sub Fol. 86 des Grund- und Hypothekenbuchs für Dhorn Ob. S. (Gickelsberg) mit 1 Acker 15 □ Ruthen Flächeninhalt und mit 26,02 Steuereinheiten belegt den 27. Dezember 1894

Vormittags 10 Uhr

an Amtsgerichtsstelle freiwillig versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen sind aus der im Gasthose zur Friedrichshöhe in Dhorn und im Amtshause aushängenden Anschlägen zu ersehen.  
Pulsnik, am 7. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.  
Weise.

Nach § 14 Absatz 3 des Pferde-Aushebungsreglements vom 15. Oktober 1886 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Herren  
Rittergutspächter **Sauffe** in Liebenau und  
Gemeindevorstand **Andreas Schmeißer** in Döbra  
als stellvertretende Mitglieder im 1. Pferdemonsterungs-Bezirk,  
Gutsbesitzer **Dr. Weikmann** in Pulsnik M. S.  
als stellvertretendes Mitglied im 4. Pferdemonsterungs-Bezirk,  
Rittergutspächter **Bode** in Reichenbach  
als leitendes Mitglied und  
Fabrikdirektor **Lochmann** in Schwepnitz  
als wirkliches Mitglied im 5. Bezirk auf die Zeit bis mit 31. März 1896 gewählt und verpflichtet worden sind.  
Ramenz, den 7. Dezember 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft  
von Erdmannsdorf.

## Bezugs-Einladung

auf das am 1. Januar 1895 beginnende 1. Vierteljahr  
des im 47. Jahrgang erscheinenden  
**Wochenblattes**  
für Pulsnik und Umgegend,  
**Amtsblatt**  
des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Pulsnik.

Das „Pulsniker Wochenblatt“ kann bei allen Post-  
anstalten, Briefträgern, Zeitungsaussträgern, sowie in der  
unterzeichneten Geschäftsstelle bestellt werden.  
Bestellungen bei der Post wolle man **spätestens bis**  
zum 27. d. M. bewirken, damit in der Zusendung keine  
Unterbrechung stattfindet.

Hochachtungsvoll  
Die Geschäftsstelle des Pulsniker Amts-  
und Wochenblattes.

## Die erste Lesung des Stats im Reichstage.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Wenn ich hier zu  
Beginn der Statsberatung das Wort ergreife, so kann  
ich zunächst erklären, daß es sich mit der Uebernahme des  
Reichskanzler-Amtes durch mich nicht um einen System-  
wechsel handelt. Es werden Ihnen ja auch die meisten  
Vorlagen zugehen, die schon von langer Hand vorbereitet  
waren. Was zunächst den Etat betrifft, so wird Ihnen  
derselbe durch den Reichs-Schatz-Sekretär näher erläutert  
werden. Sein Schlussergebnis beleuchtet wiederum auf  
das Dringendste die Nothwendigkeit einer Reichsfinanz-  
reform, welche die Einzelstaaten entlastet. Eine solche  
Reform hoffen wir, wenn auch in wesentlich beschränktem  
Maße, zu erreichen. (Beifall rechts.) Mit dem Etat im  
Zusammenhang stehen die Kolonialfragen. Ueber dieselben  
wird dem Hause eine Denkschrift zugehen, die darthun  
wird, daß der Handel in unseren Kolonien einen Auf-  
schwung genommen hat. Aber auch davon abgesehen, ist  
die Kolonialpolitik eine nationale Aufgabe. Es wäre eine  
Minderung des deutschen Namens, wenn unser Volk nicht  
theilnehmen wollte an den Kultur-Aufgaben in Afrika.  
(Beifall rechts und bei den Katib.) Wir werden daher  
die Kolonialpolitik kräftig weiter entwickeln, wir werden  
auch die Thätigkeit der Missionsgesellschaften nach Möglich-  
keit zu fördern suchen. (Beifall rechts u. i. Zentr.) Die  
Kolonialpolitik zu unterstützen, wird Aufgabe unserer Flotte  
sein. Die politischen Aufgaben der letzten Jahre haben  
aber leider gezeigt, daß die Flotte ihnen nicht gewachsen  
ist. Wir werden bestrebt sein müssen, Lücken auszufüllen.  
Eine weitere große Aufgabe erwächst uns aus der Noth-  
lage der Landwirtschaft. Diese zu mindern, soll mit un-  
serer vornehmste Aufgabe sein. Wir werden nicht unlöslichen

Problemen nachjagen, aber gern alle Vorschläge prüfen,  
die zur Linderung der Nothlage entsprechend scheinen. Wir  
wollen uns auch bemühen, die Lage des Handwerks und  
der kleinen Kaufleute zu bessern, ferner aber die Gesetzge-  
bung zu Gunsten der industriellen Arbeiter anzugehen.  
Die Reform der Börsengesetzgebung ist schon durch die  
Thronrede angekündigt, ebenso die Novellen zu den Justiz-  
gesetzen und die Vorlage zur Ausfüllung von Lücken im  
Strafgesetzbuch. Es haben sich Mißstände aus diesen  
Lücken ergeben, ohne deren Abstellung die öffentliche Ord-  
nung schwer gefährdet werden könnte. Wir haben nicht  
zur Ausnahme-Gesetzgebung gegriffen, sondern erstreben Besser-  
ung durch Abänderung des gemeinen Rechts. (Beifall.)  
Unsere Zeit weiß mehr als eine andere darauf hin, alle  
Kräfte im Staate zu sammeln. Wie im Reichslande, so  
werde ich auch in meiner neuen Stellung bemüht sein, alle  
Faktoren zusammenzuhalten, welche an der Erhaltung des  
staatlichen Friedens mitwirken können; insbesondere soll es  
meine Aufgabe sein, den Frieden zwischen Staat und  
Kirche aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Reichschatzsekretär Graf Posadowsky: Meine Vor-  
ausicht, daß die Ergebnisse des abgelaufenen Etatsjahres  
höher sein würden, als veranschlagt, ist zu meiner Freude  
eingetroffen. Statt 4 werden wir 14 Millionen Ueber-  
schuß einstellen können. Das spricht aber keineswegs gegen  
die Ihnen vorzuliegende Finanzreform, vielmehr setzen sich  
diese Mehreinnahmen namentlich aus den schwankenden Er-  
trägen der Zölle zusammen. Daran leuchtet wieder her-  
vor, wie schwierig es uns heute ist, einen genauen Vor-  
anschlag vorzulegen. Im laufenden Jahre treffen die  
Voraussetzungen des Voranschlags, soweit es sich bis jetzt  
übersehen läßt, allerdings annähernd zu, und das ist er-  
freulich. Wir haben aber doch Fehlbeträge decken müssen,  
die nicht veranschlagt waren. Bei den Kolonien haben sich  
Mehrausgaben in Höhe von 1 Million, bei der Verwalt-  
ung des Reichsheeres solche in Höhe von 2 Millionen er-  
geben. Eine Mindereinnahme von 2 Millionen haben  
wir bei der Reichsschuldentilgung. Dagegen haben wir  
auf verschiedene Mehreinnahmen bei anderen Posten zu  
rechnen, so bei der Zuckersteuer, bei der Branntweinsteuer,  
der Brausteuer; bei der Reichspostverwaltung wird sich  
eine Mehreinnahme leider nicht einstellen, wie früher er-  
wartet wurde; ebenso bei der Staatseisenbahnverwaltung.  
Kompensiren wir Mehrausgaben und Mehreinnahmen, so  
kommen wir auf einen Ueberschuß von etwa 5 Millionen,  
wie er auch im Voranschlag vorgesehen war. Die Zoll-  
einnahmen haben anscheinend einen Mehretrag von 13  
Millionen ergeben, aber man muß dabei in Rechnung  
ziehen, daß für einen wesentlichen Theil des Jahres die  
russischen Kampfschiffe noch erhoben wurden. Wir können  
den Ertrag auf höchstens 10 Millionen mehr veranschlagen.  
Mindereträge stehen dem gegenüber bei der Tabaksteuer  
und der Branntweinverbrauchsabgabe. Im Ganzen werden  
wir aber doch Ueberweisungen in Höhe von 26 Millionen

mehr als im Vorjahre den Einzelstaaten zugehen lassen.  
Ich wende mich nun zu dem Ihnen vorliegenden Etat.  
Beim Reichsheer ergeben sich Minderaufwendungen für die  
Naturalverpflegung der Truppen. Das ist aber nur ein  
neuer Beweis dafür, wie niedrig die Preise der landwirth-  
schaftlichen Produkte sind. (Sehr richtig! rechts.) Bei  
der Marine stellt sich ein Gesamtmehrbedarf für Neubau  
und Armirung von Schiffen in Höhe von 9 Millionen  
heraus. Die Reichsschuld erfordert ein Mehr von 1 1/2  
Millionen, der allgemeine Pensionsfonds ein solches von  
6 2/3 Mill. Darunter befinden sich Entschädigungen für die  
Opfer der Katastrophe auf der „Brandenburg“. (Beifall.)  
Die Stempelabgaben konnten wir nach den Erfahrungen  
mit dem neuen Börsensteuer-Gesetz höher veranschlagen, als  
im Vorjahre. Es zeigt dies, daß die Befürchtungen der  
Gegner jenes Gesetzes nicht eingetroffen sind. Bei der  
Post wird der Ueberschuß wegen des durch die Ausdehnung  
des Dienstaltersstufen-Systems notwendig werdenden  
Mehraufwendungen ein etwas geringerer, doch ist das nur  
ein vorübergehender Rückgang. Bei der Eisenbahnver-  
waltung hat sich die Hoffnung auf eine Steigerung der  
Einnahmen leider nicht erfüllt. Im Ganzen ergaben die  
genannten Verwaltungen einen Mehreüberschuß von etwa  
13 Millionen. Diesem stehen aber im außerordentlichen  
Etat Mehrausgaben und Mindererträge im Etat des  
Reichsamts des Innern, des Reichsheeres, der Marine,  
der Reichsschuld. Das Resultat ist, daß die Matrikular-  
beiträge die Höhe der Ueberweisungen um etwa 33 Mill.  
übersteigen. Man hat in der Presse geäußert, dieses Miß-  
verhältniß auszugleichen, genüge der voraussichtliche Ertrag  
der Tabaksteuervorlage, die Ihnen zugehen soll. Der Etat  
sei sogar genau so zugeschnitten worden. Letzteres muß  
ich ganz entschieden zurückweisen. Mehr- und Minder-  
Ausgaben sind genau nach den gegebenen Voraussetzungen  
veranschlagt, ohne Rücksicht auf den Ertrag jener Steuer.  
Es ist richtig: der Etat schließt scheinbar noch günstig ab.  
Aber man darf nicht vergessen, daß er zwei sehr schwank-  
ende Faktoren enthält, einmal die niedrigen Naturalien-  
preise bei der Heeresverwaltung, und dann die Getreide-  
zölle, die ganz wesentlich abhängig sind von ihren Erträgen  
von einer guten Ernte. Beide zusammen können Schwank-  
ungen von etwa 15 Millionen verursachen. Die Noth-  
wendigkeit der Finanzreform geht aber weiter aus dem  
gänzlichen Fehlen eines eigenen Betriebsfonds für die  
Reichsfinanzverwaltung hervor. Es muß ferner die Mög-  
lichkeit geschaffen werden, den Reichsschuldenfonds zu ent-  
lasten. Auf die Dauer wird es eb-n nicht möglich sein,  
den von den Gegnern der Reform gewiesenen Weg zu  
gehen und mehr außerordentliche Ausgaben auf das Ordina-  
rium zu übernehmen. Aus dem Steigen der Schulden-  
last geht aber klar hervor, daß wir nicht so viel Steuern  
erheben haben, wie es eine solide Finanzgebarung erfor-  
dert hätte. Wir haben nicht Schritt gehalten mit der  
Vermehrung der Ausgaben im Ordinarium und im Extra-

